

Telegraphische Depeschen.

* Breslau, 8. Febr. Nach amtlicher Zählung hat bei der am Dienstag hier stattgehabten Reichstagswahl, die eine engere Wahl notwendig macht, der Candidat der Fortschrittspartei, Justizrath Freund, 6384, der Candidat der Socialisten, Krüger, 5184 Stimmen erhalten.

* München, 8. Febr. nachmittags. II. Kammer: Der Gesetzentwurf über die Bewilligung eines Credits von 28 Mill. M. wurde nach den Anträgen des Ausschusses mit 133 gegen 9 Stimmen angenommen, ebenso der Antrag auf Beschleunigung der Ablieferung der Einakturen an die Centralkasse. Hieraus wurde in längerer Debatte über den Antrag Ropp bezüglich einer Herabminderung der Militärlast berathen. Im Laufe derselben erklärte der Kriegsminister, daß er dem Antrage in Bezug auf seinen Erfolg keine wesentliche Bedeutung beimessen könne. Im übrigen könne er nicht genug vor einer Unterschätzung der Gegner, wie man sie vor dem letzten Kriege erlebt habe, warnen. Eine solche Unterschätzung würde der erste Schritt zur Niederlage sein. Man solle glücklich sein, wenn für das Jahr 1881 nicht eine Erhöhung der Militärlast postuliert werde. Der Antrag Ropp wurde von der patriotischen Partei angenommen. Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

* Darmstadt, 8. Febr. In der heutigen Sitzung der Kammer erklärte der Minister v. Staud in Beantwortung einer bezüglichen Interpellation des Abg. v. Rabenau, daß der preussischen Regierung kein Oberaufsichtsrecht zustehe, durch welches Baden und Hessen zu einem Beitrage zu den Kosten des frankfurter Centralbahnhofes gezwungen werden könnten.

* Wien, 9. Febr. nachmittags. Die Montags-Revue schreibt, sie glaube nicht zu irren, wenn sie annehme, daß eine offizielle Mittheilung des Prager Friedens sei der letzte, nicht dunkle, aber doch unaufgeklärte Punkt in dem Verhältnisse Oesterreich-Ungarns zu Deutschland gewesen. Eine Klärung herbeizuführen, die Angelpunkt möglicher Differenzen zu beseitigen, dem Vertrauen der Gegenwart auch das Vertrauen in die Zukunft hinzuzufügen, sei ein Gebot der Staatsklugheit wie ein Gebot der loyalen Auffassung der Beziehungen beider Staaten zueinander gewesen. Wenn für Deutschland der materielle Werth des Erreichten auch ein größerer sein möge, so sei für Oesterreich-Ungarn der ideale Werth gleichfalls ein nicht unerheblicher. Der Freundschaftsbund zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn sei nicht von Individuen und von der wechselnden Strömung der Tagesmeinung abhängig; er ruhe vielmehr auf der gesicherten Basis klarer staatsrechtlicher Beziehungen, gegenseitigen Wohlvertrauens und realer dauernder Interessen beider Staaten.

* Budapest, 8. Febr. abends. Das Abgeordnetenhause hat heute den Anleihegesetzentwurf in der Specialdebatte unverändert angenommen.

* Rom, 8. Febr. Die Opinione schreibt, indem die italienische Regierung dem rumänischen Gesandten erklärt habe, daß sie sich nicht von den übrigen Mächten trennen werde und demzufolge die Unabhängigkeit Rumäniens vor vollständiger Ausführung des Berliner Vertrages nicht anerkennen könne, habe dieselbe doch die Gelegenheit ergriffen, Rumänien ihre Sympathien auszusprechen und ihre legitimen Forderungen in der Frage der Abgrenzung der Dobrudscha gegen Silistria hin zu unterstützen.

* Rom, 8. Febr. Der italienische Gesandte Graf Maffei ist auf seinen Posten nach Athen zurückgekehrt. — Das Ministerium hat heute der Kammer einen Gesetzentwurf betreffend die der Gemeinde Florenz zu gewährende Entschädigung vorgelegt. Nach dem Gesetzentwurf soll der Gemeinde Florenz eine jährliche Rente von 2,900,000 Lire unter der Bedingung zugestimmt werden, daß dieselbe auf alle weiteren Entschädigungsansprüche verzichtet. — Die Gazzetta ufficiale veröffentlicht den bereits gemeldeten Erlaß des Ministers des Innern vom 6. Febr. betreffend eine zwanzigtägige Quarantäne für alle Provenienzen aus den Häfen des Schwarzen und des Afrikanischen Meeres, sowie aus den türkischen, griechischen und montenegrinischen Häfen. Gleichzeitig ist angeordnet, daß auch die Provenienzen aus Aegypten, Tripolis und Tunis den Bestimmungen dieses Erlasses unterliegen.

* Madrid, 8. Febr. Die Regierung hat nunmehr auch für alle Provenienzen aus dem Ägyptischen Meere die Quarantäne angeordnet. Alle Kaufahrtschiffe und alle Reisenden haben sich in besondern Quarantänearbeiten während eines Zeitraumes von sieben Tagen der vorgeschriebenen Desinfection zu unterziehen.

* Paris, 8. Febr. abends. Präsident Grévy empfing heute das diplomatische Corps und sprach dabei über die Beziehungen der Republik zu den auswärtigen Mächten; er könne die Versicherung hinzufügen, daß die Regierung der Republik alles ihr nur Mögliche thun werde, um jene Beziehungen zu consolidieren, und er bitte die Vertreter der fremden Mächte, ihren Regierungen seinen Dank zu übermitteln für die Bereitwilligkeit, mit welcher dieselben die Stellung ihrer Vertreter bei der Regierung der französischen Republik geregelt hätten.

* Liverpool, 7. Febr. abends. In einer heute Abend stattgehabten Versammlung von Mitgliedern der liberalen Partei hielt der Marquis v. Hartington eine längere Rede, in welcher er sich gegen die von Beginn der orientalischen Crisis an von der Regierung befolgte Politik wendete. Der Redner führte aus, die Regierung hätte Rumänien, Serbien und

Griechenland, welche fähig seien, sich selbst zu regieren, in ihrer Weiterentwicklung ermuntern sollen, statt den Versuch zu machen, deren Fortentwicklung zu hemmen, wie die Regierung dies auf dem Congresse gethan habe. Die Politik der Minister gegen diese Staaten sei wenig weise gewesen. Hartington ging sodann auf die Frage einer gemischten Occupation Ostrumeliens über und sprach hierbei die Hoffnung aus, daß er niemals englische Truppen zu der schmachtvollen und erniedrigenden Mission verwendet sehen würde, einer Bevölkerung mit Gewalt eine verhasste Regierungsform aufzuzwingen. Er hoffe, daß die Vereinigung von Bulgarien und Ostrumelien auf ebenso friedlichem Wege vollzogen werden würde, wie dies seinerzeit bei der Vereinigung der Moldau und Walachei der Fall gewesen sei.

* London, 8. Febr. Wie der Daily Telegraph aus Kelati Ghillai vom 29. Jan. meldet, haben die britischen Truppen den Befehl erhalten, nach Kandahar zurückzukehren.

* London, 9. Febr. früh. Das Reutersche Bureau meldet aus Konstantinopel, die Uebereinkunft Englands mit der Pforte wegen künstlicher Ueberlassung der auf Cypren befindlichen Staatsgüter sei zum Abschluß gelangt, ein großer Theil der Liegenschaften bleibe im Privatbesitze des Sultans.

* Petersburg, 9. Febr. Nach einem officiellen Telegramm aus Konstantinopel von gestern Abend ist der russisch-türkische Friedensvertrag unterzeichnet.

* Konstantinopel, 8. Febr. nachts. Der russisch-türkische Friedensvertrag ist vom russischen Votschafter Fürsten Lobanow und vom türkischen Minister des Auswärtigen Karatheodory-Pascha heute Abend unterzeichnet worden. Die Russen beginnen bereits morgen mit der Räumung des türkischen Gebietes, die binnen 35 Tagen beendet sein soll. — Die Uebergabe von Pobjgoriza an die Montenegriner ist nach hier vorliegenden Nachrichten gestern erfolgt, seitens der Montenegriner wurden mehrere türkische Geiseln freigegeben.

* Wien, 9. Febr. morgens. Die durch den Fürsten Lobanow und Karatheodory-Pascha gestern Abend erfolgte Unterzeichnung des russisch-türkischen Friedensvertrages wird durch aus Konstantinopel hier eingegangene Nachrichten bestätigt.

* Petersburg, 9. Febr. Unmittelbar nach der gestrigen Unterzeichnung des russisch-türkischen Friedens ist die Bevollmächtigung davon an die resp. Truppencommandeure ergangen. Die Rückkehr der Truppen geht sofort vor sich. Bezügliche Bestimmungen sind bereits früher getroffen worden. Die Ratification wird unverzüglich nach Eingang des Friedensinstrumentes erfolgen.

* Wien, 8. Febr. abends. Meldung der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel: „Die Frage des Kostenersatzes für die türkischen Kriegsg-

Ein deutsches Künstlerhaus in Rom.

In dem diesjährigen Etat für das Auswärtige Amt des Deutschen Reiches wird unter anderem auch der Kauf eines Gebäudes in Rom beantragt, welches dazu bestimmt sein soll, als eine Art von Künstlerheimat für deutsche Künstler, die ihren Studien in Rom obliegen, zu dienen.

In der darauf bezüglichen Denkschrift wird dieser Antrag folgendermaßen motiviert:

„Es ist ein lange gehegter Wunsch der deutschen Künstlerchaft in Rom, einen dauernden Mittelpunkt für die Studien und das Berufsleben der deutschen Künstler zu gewinnen. Befehls Verwirklichung dieses Wunsches sind der Reichsregierung in den letzten Jahren mehrere Vorschläge unterbreitet worden, welche in mehr oder weniger angelegentlichem Grade auf die Unterstützung aus den Mitteln des Reiches begründet sind. Bevor der Fälligkeit näher getreten wurde, erschien es angezeigt, an kompetenter Stelle gutachtliche Aeußerungen über das Bedürfnis und die Nützlichkeit der gewünschten Einrichtung einzuholen. Die demgemäß von den Vorständen der deutschen Kunstakademien sowie von einzelnen Autoritäten unter der Künstlerchaft und den Kunstverständigen erstatteten Gutachten sprachen sich im wesentlichen fast übereinstimmend dahin aus, daß die Errichtung eines Instituts in Rom, welches als Künstlerheimat dienen könne, für die geistliche Entwicklung der vaterländischen Kunst von hoher Bedeutung sei und mehr und mehr sich als dringendes Bedürfnis herausstelle. Von diesem Gesichtspunkte aus wurde die Unterstützung des Reiches leb-

haft erbeten und bekräftigt, namentlich auch unter dem Hinweis auf die von andern Nationen in Rom für ihre Künstlerchaft begründeten Einrichtungen.

Auch seitens derjenigen Bundesregierungen, welche den Kunstinteressen eine besondere Fürsorge zuwenden, erfolgte auf die von der Reichsregierung ergangene Bitte um gutachtliche Aeußerung zur vorliegenden Frage eine sachliche, fast durchgängig günstige Beurtheilung des in Rede stehenden Projectes, wenn auch von einzelner Seite einige formelle Bedenken bezüglich der aus Reichsmitteln zu bewirkenden Realisirung desselben geltend gemacht wurden. Aus der eingehenden Erörterung dieser Angelegenheit, welche namentlich auf Grund des gewonnenen reichlichen Materials erfolgen konnte, ergaben sich die nachstehenden Schlussfolgerungen, welche für die weitere Behandlung der Angelegenheit als Grundlage angenommen wurden.

Zuvörderst handelte es sich um die Entscheidung der formellen Frage, inwiefern das Reich mit seiner Unterstützung die gewünschte Einrichtung zu schaffen berufen sein könne. Wenn verfassungsmäßig die Pflege der Kunstinteressen nicht in die dem Reich obliegenden Aufgaben einbezogen ist, so stellen sich doch im gegenwärtigen Falle gewichtige Gründe dar, eine Ausnahme (wie deren schon früher in analogen Fällen vorgekommen) eintreten zu lassen. Vor allem kam in Betracht die hohe Bedeutung, welche der Aufenthalt und das Studium in Rom für die Entwicklung unserer ganzen nationalen Kunst besitzt und immer besitzen wird. Wie schätzbar und nutzbringend auch der Besuch anderer Kunststätten für diesen oder jenen einzelnen Zweig der bildenden Künste sein mag, so wird doch

durch nichts der unvergleichliche Einfluß aufzuwogen, welchen jene Stadt durch ihre Kunstschätze und die daran sich knüpfenden geschichtlichen Ueberlieferungen, ihre wunderbare natürliche Configuration und das seit Jahrhunderten dort entwickelte Kunstleben auf die Bildung des Künstlers ausübt. Diesen Einfluß zu erhalten, den Aufenthalt unserer Künstler in Rom so fruchtbringend wie möglich zu machen und die belebende Rückwirkung der römischen Studien auf das künstlerische Schaffen der Künstlerchaft in der Heimat zu fördern, ist ein allgemein nationales Interesse. Nicht ohne ernste Besorgnisse wird daher die Wirkung betrachtet werden können, welche die in den letzten Jahren eingetretenen tiefgreifenden Veränderungen aller Lebensverhältnisse Roms auf das Kunstleben und die Stellung der deutschen Künstler insbesondere geübt haben und fernerhin in gesteigertem Maße zu üben drohen. Der große Mangel an Meistern, die Unzulänglichkeit des Verkehrs zwischen den Künstlern und dem Fremdenpublikum, die Schwierigkeit, die neugeschaffenen Kunstwerke dem Publikum vorzuführen, die mehr und mehr eintretende Vereinzelung der Künstler, namentlich der jüngeren Kunstgenossen bei ihrem Eintritt in das römische Leben, endlich der, gerade auch für die letztere Kategorie sehr empfindliche Nachtheil, nur mit vieler Mühe und Zeitverlust die Benutzung der nothwendigsten Studienmittel erlangen zu können; alle diese Momente üben auf die deutsche Künstlerchaft eine niederdrückende Wirkung und beeinträchtigen ein frisches und kräftiges Schaffen. Das deutsche Kunstleben ist dadurch einer doppelten Gefahr ausgesetzt, sei es, daß der Aufenthalt in Rom durch die Kostspieligkeit und

ke. ... He. ... et hiermit ... He. ... ten. ... He. ... Leipzig

gefangenen ist dahin entschieden worden, daß die Pforte die bis zur Unterzeichnung des Berliner Vertrages erwachsenen Erhaltungskosten vergütet, daß aber hier von ein entsprechender Betrag für die von den Gefangenen in Rußland geleisteten Arbeiten abgezogen wird. Die Frist für die Ratification des definitiven Friedensvertrages ist auf 14 Tage festgesetzt. — In amtlichen Kreisen wird entschieden bestritten, daß es sich bei den in der Nähe von Kanthi vorgekommenen Krankheitsfällen um die Pest handle, es sei positiv, daß dort lediglich der Flecktyphus aufgetreten sei.

Petersburg, 8. Febr. vormittags. In dem bereits gemeldeten officiellen Telegramm aus Astrachan vom 7. Febr., in welchem der Gouverneur anzeigt, daß seit dem 6. Febr. in dem Gouvernement Astrachan kein an der Epidemie Erkrankter mehr vorhanden sei, wird besonders hervorgehoben, daß die Aerzte und Polizeibeamten fortfahren, ihre Thätigkeit auf die Desinfection aller verdächtigen Gegenstände und die Durchführung der sanitätlichen und polizeilichen Maßregeln zu concentriren. Die Wohnungen, in welchen sich an der Epidemie verstorben oder erkrankte Personen befunden hätten, würden zum zweiten male desinficirt, alle verdächtigen Kleidungsstücke würden verbrannt, gleichzeitig werde zur Einrichtung von besondern Friedhöfen geschritten. Die bevölkerten Punkte würden mit Medicamenten und Desinfectionsmitteln versehen, und sei durch die ergriffenen Maßregeln die Möglichkeit der Localisirung der Epidemie vollständig gesichert.

Petersburg, 9. Febr. Officielles Telegramm aus Astrachan von gestern: In Welljanka und Umgegend kein Kranker. Aus dem Flecken Nikolajewsk, District Tsarewo, Gouvernement Saratow, 600 Werst von Astrachan, wird ein Krankheitsfall gemeldet, der zweifelhaft erscheint, der Gouverneur erwartet nähern Bericht von den Aerzten. Im Dorfe Selitrenn und innerhalb des Quarantänarayons sind einige neue Fälle der Epidemie vorgekommen, die tödlich verliefen. Der Gouverneur hat sich sofort an Ort und Stelle begeben. Neun Grad Kälte.

Petersburg, 9. Febr. nachmittags. Der Generalgouverneur Graf Loris-Melikow ist, wie aus Jarzin telegraphisch gemeldet wird, heute Vormittag 10 Uhr mit seinem Gefolge in Jarzin eingetroffen und daselbst von den Behörden und einer sehr großen Volksmenge begrüßt worden. Zur Verstärkung des Sanitätscordons treffen fortwährend Truppen in und um Jarzin ein. Aus verschiedenen Theilen des Reiches, namentlich aus Moskau gehen große Sendungen von Lebensmitteln und Medicamenten ein, die für das Gouvernement Astrachan bestimmt sind. Die Kälte hat in Jarzin seit etwa zwei Tagen wesentlich nachgelassen.

Suharsk, 7. Febr. Man glaubt in hiesigen unterrichteten Kreisen, daß auch Rußland seinerseits in der Frage der Grenzregulirung zwischen der Dobrubtscha und Bulgarien einen Schiedspruch der Mächte als maßgebend anerkennen werde.

Konstantinopel, 7. Febr. Wie aus Regierungskreisen verlautet, scheint die Pforte in den Gegenvorschlägen, die sie den ihr unterbreiteten finanziellen Projecten gegenüber gemacht hat, nicht abgeneigt, eine auswärtige Controle der Zollverwaltung zuzugestehen, welche so eingerichtet werden könnte, daß bei den Finanzoperationen beteiligten Interessen alle

wünschenswerthen Garantien gewährt würden. Die in Rede stehenden Finanzpläne haben die Belleidanküste des osmanischen Reiches zur Basis, und bezwecken ausschließlich die Zurückziehung des Papiergeldes und ein Arrangement mit den Inhabern türkischer Fonds.

Konstantinopel, 8. Febr. Infolge von Reclamationen einiger Mächte, darunter Italiens, hat die Pforte über das von französischen Kapitalisten durch den Marquis v. Tocqueville gemachte Finanzproject und über die bedingungsweise Ueberlassung einzelner Revenuen ihren auswärtigen Vertretern Aufklärungen zugehen lassen. Nach dem bezüglichen Vertragentwurf wird die Pforte mit den Inhabern türkischer Schuldtitel direct verhandeln.

Washington, 8. Febr. Vor der Commission zur Untersuchung der bei der letzten Präsidentenwahl vorgekommenen Wahlfälschungen wurde heute Tilden vernommen. Derselbe stellte auf das bestimmteste in Abrede, daß er von der Einleitung von Verhandlungen zum Zweck der Bestechung der Wahlcomités in Florida und Südcarolina Kenntniß gehabt, oder daß er solche Verhandlungen gezwungen habe.

Washington, 9. Febr. Die Repräsentantenkammer hat die Bill betreffend die Armeeorganisation angenommen. In derselben wird das Zusammenziehen von Truppen in den Wahlplätzen an den Wahltagen für unzulässig erklärt. — Die Einfuhr von Vieh aus Canada nach den Vereinigten Staaten ist auf drei Monate, vom 6. Febr. ab gerechnet, verboten.

Leipzig, 9. Februar.

Die Nachrichten über die Pest lauteten auch in der vergangenen Woche beruhigender. Die russische Regierung hat zu den energischsten Mitteln gegriffen, um den Pestherd auszutügligen, z. B. zur Niederbrennung der inficirten Dörfer im Gouvernement Astrachan unter Schabloshaltung der Bewohner. Gerüchte über Krankheitserscheinungen an andern, uns nähern Punkten, die mit der Pest Aehnlichkeit haben sollten, haben sich glücklicherweise nicht bestätigt, sind vielmehr als grundlos widerlegt worden. Die Mitglieder der von Deutschland mit Oesterreich gemeinsam niedergesetzten Commission zur Beobachtung der Pest an Ort und Stelle, aus Sachverständigen von anerkannter Autorität bestehend, sind von Berlin abgereist. An den Grenzen Deutschlands, Oesterreichs, auch Rumäniens gegen Rußland sind die nöthigen Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Der russisch-türkische Friede ist nun wirklich endgültig abgeschlossen. Ueber den Inhalt desselben liegt indeß noch nichts Authentisches vor.

Am 9. Febr. sollte die Räumung alles noch von russischen Truppen besetzten türkischen Gebietes beginnen und dieselbe sollte binnen 35 Tagen vollendet sein.

Am 8. Febr. hat nun auch endlich die Uebergabe der Festung Podgorica an die montenegrinischen Behörden stattgefunden.

Die Verhandlungen der Pforte mit Griechenland scheinen, einer Erklärung der italienischen Regierung in der Kammer zufolge, einen erfolgverheißenden Fortgang zu haben. Betreffs der etwas gespannten Beziehungen Rußlands zu Rumänien wird gemeldet, daß Rußland allerdings gegen die rumänischerseits vollzogene Besetzung des Fort Arattabia in der Dobrubtscha protestirt, weiter jedoch zur Zeit nichts gethan

habe. Rumänien seinerseits sei entschlossen, in dieser Frage sich lediglich einem Ansprüche Europas zu unterwerfen. Ob es wahr ist, daß die Mehrzahl der Mächte sich bereits zu Gunsten Rumäniens ausgesprochen, bedarf der Bestätigung.

Das Gerücht von einem englischerseits beabsichtigten Verkaufe der Insel Helgoland an Deutschland ist, bevor es noch recht Verbreitung gewonnen, von der Morning Post als Falsch bezeichnet worden, was es von Haus aus war: eine leere Erfindung.

In der italienischen Abgeordnetenkammer fand eine Debatte über die auswärtige Politik der Regierung, insbesondere über die Folgen des Berliner Vertrages für Italien statt. Die Erklärungen, welche das Ministerium Cairoli theils über sein Verhalten bei den Verhandlungen in Berlin, theils über die Wirkungen des Berliner Friedens für Italien gab, befriedigten die Kammer, sodas die von mehreren Seiten gestellten Tagesordnungen, welche mehr oder weniger gewisse Vorbehalte gegenüber der ministeriellen Politik aussprechen wollten, sämmtlich zurückgezogen wurden.

Die Neubildung des Cabinets im dieseitigen Oesterreich ist noch immer nicht vollendet; doch wird allgemein angenommen, daß sie dem Grafen Taaffe, der damit betraut ist, gelingen werde. Wir theilten bereits die Stimmen der großen wiener Blätter mit, welche das Ministerium Taaffe als ein „Uebergangsmministerium“ betrachten, dessen Aufgabe es sein werde, an Stelle der bisherigen, bei den letzten großen Verhandlungen über die Occupation Bosniens in sich zerfallene Majorität im Reichsrathe eine neue zu bilden, welche namentlich auch mit der auswärtigen Politik des Grafen Andrassy festere Fühlung habe als jene.

In Frankreich hat die Ersetzung des greifen Dufaure (der sich nicht zum Weichen bewegen ließ) in der Präsidentschaft des Cabinets durch Waddington, der Minister des Auswärtigen, alle besonnenen Freunde der Republik befriedigt. Die sonstigen Wechsel im Ministerium sind insofern bedeutungsvoll, als man von dem neuen Minister des öffentlichen Unterrichts, Jules Ferry, größere Energie als von seinem Vorgänger in Bekämpfung der Uebrigriffe des Clerus auf dieses Gebiet, von dem neuen Finanzminister Leon Say dagegen eine weniger ausgesprochene schützöllnerische Richtung erwartet.

Die Botschaft, welche der neue Präsident Grévy an beide Kammern gerichtet, ist in beiden Körperschaften günstig aufgenommen worden, und ebenso, allen Berichten nach, im ganzen Lande. Sie herrscht von den augenblicklich brennenden Fragen nur die Beamtenfrage, und auch diese in vorläufiger Weise, beinahe ebenso, wie Dufaure es gethan. Die Stelle, worin das neue Oberhaupt der Republik sich rüchhaltlos dem „nationalen Willen“ unterwirft, wie solcher „durch seine verfassungsmäßigen Organe (die Kammern) zum Ausdruck gelangt“, hat selbst bei einzelnen liberalen Presseorganen in Deutschland Bedenken erregt. Man fürchtet, ein Anbrängen von links her, wie es Mac Mahon zum Rücktritt veranlaßte, könne ebenso bald auch Grévy wieder stürzen. Man wünschte für den Präsidenten der Republik größere Stabilität als für seine Minister. Darin liegt etwas Wahres, und beim Abschluß des Provisoriums, welches im nächsten Jahre endet, dürfte es gut sein, darüber etwas Bestimmtes endgültig festzusetzen. Inzwischen müssen wir dabei bleiben, daß die Gefahr für ein Land wie

Unerquicklichkeit des Arbeitens mehr und mehr unsern Künstlern verleidet wird, oder daß dieselben, da sie keine Ateliers sich schaffen können, unter Entwöhnung von erster Arbeit im höhern Stil und ohne Übung in größern Entwürfen sich mit kleinern Studien und der Malerei von Modellen oder Beduten begnügen. Für die bezeichneten Uebelstände Abhilfe zu schaffen, dürfte nicht Aufgabe der einzelnen Bundesregierungen sein, und selbst wenn von vereinzelter Seite auf Fürsorge Bedacht genommen würde, so käme dieselbe nur immer beschränkten Kreisen zugute und umfaßte nicht die gesammte deutsche Künstlerschaft, auf deren Gedeihen im ganzen das nationale Interesse gerichtet ist. Aus diesen Gründen erschien es gerechtfertigt, auf Unterstützung des Reiches Bedacht zu nehmen, um ein den Kunststudien und Kunstinteressen gewidmetes Institut in Rom zu begründen.

Der ins Auge gefaßte Plan beschränkte sich daher im wesentlichen darauf, aus Reichsmitteln für die deutsche Künstlerschaft ein eigenes, ausschließlich den Studien und Kunstinteressen gewidmetes Gebäude mittlern Umfangs zu beschaffen. Dasselbe würde als bleibender Vereinigungspunkt zum regelmäßigen Austausch und Verkehr der Künstler untereinander und mit den Fremden zu dienen haben.

Als ganz besonders geeignet für diesen Zweck erscheint die gerade jetzt zum Verkaufe ausstehende Casa Bartholdy. In diesem auf dem Monte-Pincio gelegenen Gebäude befinden sich die Fresken, welche auf Anregung des Generalconsuls Bartholdy im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts von Cornelius, Overbeck, Veit und Schadow zur Geschichte des ägyptischen

Joseph ausgeführt wurden. Hervorgegangen aus dem echten deutschen Geiste innerlichster Vertiefung in die erhabensten Aufgaben der bildenden Künste und bis in die kleinsten Mittel der Technik eine wahrhaft geniale Neuentdeckung des hohen Stiles der Wandmalerei, mit der unsere nationale Kunst wieder in die Bahnen großen Schaffens geleitet wurde, bilden jene Gemälde inmitten der Kunstschätze Roms ein bleibendes Denkmal dessen, was deutsche Kraft und deutscher Charakter für das Wiederaufleben der Kunst in unserm Jahrhundert bahnbrechend gewirkt haben.

Es erscheint daher geradezu als eine Ehrensache für die Nation, wenn thunlich jene Schöpfungen jetzt nicht in fremde Hände fallen zu lassen. Und ebensoviel der Charakter dieser Kunstwerke als der Umstand, daß sie ihre dauernde Stätte in der Fremde behalten müssen, weist darauf hin, jetzt, da es noch Zeit und die Gelegenheit günstig, dieselben zu erwerben, um jene Schätze unter den Schutz des Deutschen Reiches zu stellen und die Erhaltung sowie den Genuß derselben der deutschen Nation und insbesondere den deutschen Künstlern zum Vorbilde und lebendiger Anregung zu sichern.

Aus Bunzlau vom 6. Febr. wird berichtet: „Ein entsetzliches Unglück hat sich hier zugetragen, fünf Menschen sind diese Nacht verbrannt! Früh 11 1/2 Uhr ertönte in unserer Stadt der Feuerruf. Auf der Oberstraße brannte

das dem Böttcher Zimmer gehörige Haus bei dem Erscheinen der ersten Hülfe schon vollständig, sodas nur mit äußerster Mühe in den ersten Stock eingebrungen werden konnte, wo man leider den Besitzer des Hauses schon erstickt vorfand. Von den andern Bewohnern des gänzlich eingeschlossenen Hauses hat sich nur die Frau des Handelsmannes Hartmann durch einen Sprung aus dem Fenster gerettet und sich außer dem Besitzer noch dessen Frau und sein erwachsener Sohn sowie der Handelsmann Hartmann mit seiner elfjährigen Tochter Opfer der Flammen geworden.“

— Aus Stuttgart schreibt man der „Tribüne“ unterm 3. Febr.: „Die Daaländer'sche Steueraffaire, welche einst so viel in den Zeitungen von sich reden machte und dann völlig verstummt, ist jetzt nahezu spruchreif geworden, und damit ist auch das Drama, welches zwischen den Berlegern des Bewerwigen und einigen von dessen Familienangehörigen sowie Rathgebern der letztern spielte, seinem Abschluß nahe gerückt. Diernach wird, wie man in eingeweihten Kreisen versichert, die circa 800000 M. beläufende Nachlassenschaft des Romancierers mit einer Steuerstrafe von ungefähr 140000 M. belastet werden. Den Anstrengungen, diese Strafe abzuwenden, wirkte der Umstand entgegen, daß derlei Fälle sowohl in den höchsten Abels- wie in Bürgerfamilien zu häufig vorkommen, als daß die betreffenden maßgebenden höchsten Beamten in der Lage gewesen wären, den Gang des Geschehes aufzuhalten.“

— Der Schriftsteller Hermann Salinger in Berlin, bekannt als Verfasser zahlreicher Localpossen, ist in der Nacht zum 4. Febr. nach langen Leiden gestorben. Derselbe war längst gelähmt und erblindet, sodas sein Tod als eine Erleichterung anzusehen ist. Zu seinen beliebtesten Possen aus früherer Zeit gehören „Des Friseurs letztes Ständlein“, „Vielch im Verhör“, „Die Africanerin in Kalan“, „Mimrob“, „Pechschulze“. Später zog er noch einmal mit der „Reise durch Berlin in 80 Stunden“ einen glücklichen Treffer.

Frankreich wenn das oberhaupt und in be zu gebrau fassung u Lubwig B 1877 zu nenbe Bei Die E bei weid candibaten partei zur regt. D der durch öffentlicher und Berfa weniger auch auf zu vermerr Anzeichen für die u des Socie Mit tung kann sege erwa wo der p Fabril zu länger da Wir einen aus Gesey hil sollen, als Gesey ho stehens n die drei i längert w wie das i In ei abgelter nannte T Form, w worden. brachten Wählbar Neuerung fall der besprochen Die A Reichstäg hen ihn u und schw auf dem und jolly losen Bl treffen, w soviel th Gesamti geseht we * Berl rathung i ist der den Geset gemeindev Provinz mission se gemeinden Vorlage t werden, e oder sich leiben. A missars G Vorschlag zer Debat Es f den Geset cursordnu unverände die dersell Antrüg b bloc ange Die i Abänderu Schleswig gleiches i thämern e beschläge Im F stand der Budgetcon Dergerwerle jahres 18 Sammach Es f mission -

Frankreich, wie die Verhältnisse dort liegen, größer ist, wenn das mit der materiellen Macht beehrte Staats-

Die breslauer Ergänzungswahl für den Reichstag, bei welcher ein Socialdemokrat mit einem Compromiß-

Mit Unrecht, scheint uns! Eine so rasche Wirkung kann man überhaupt nicht leicht von einem Ge-

In einer unter Vorsitz des Fürsten Bismarck selbst abgehaltenen Sitzung des Bundesrathes ist das sogen-

Die Woche, in die wir heute eingetreten, wird den Reichstag wieder zusammentreten sehen. Wir begrei-

Vom preussischen Landtage.

Berlin, 8. Febr. Der erste Gegenstand der Beratung in der heutigen Sitzung des Herrenhauses ist der Bericht der neunten Commission über den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Gast-

Es folgt der Bericht der Justizcommission über den Gesetzentwurf zur Ausführung der Deutschen Con-

Die nun folgenden Gesetzentwürfe betreffend die Abänderung der Wegegesetzgebung für die Provinz Schleswig-Holstein und die Herbeiführung eines Aus-

Im Abgeordnetenhaus ist der erste Gegenstand der Tagesordnung der mündliche Bericht der Budgetcommission über die Verwaltung der fiskalischen Bergwerke, Salinen und Salinen während des Etats-

Es folgt der mündliche Bericht der Budgetcommission über die Denkschrift über die Lage der im

Reffort des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten seit dem Jahre 1872 ein-

Der Antrag des Abg. Frhr. v. Huene stellt den Antrag: Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen, daß es sich die Entscheidung über die Einziehung des zur Zeit von dem Staatsministerium benutzten Hauses Behrenstraße 72 in den Erweiterungsbau des Cultusministeriums vorbehält bis zur Vorlage der revidirten Kostenschläge für den Bau des letzten Ministeriums und bis zur erfolgten Mittheilung darüber, welche Kosten die anderweitige Unterbringung des Staatsministeriums verursachen wird.

Regierungskommissar Ministerialdirector Greiff: Der Antrag des Abg. Frhr. v. Huene würde die Fort-

Die Abg. v. Bunsen und Birchow geben den Wünschen nach Verbesserung der traurigen Zustände des berliner Bibliothekgebäudes Ausdruck, worauf Ministerialdirector Greiff bemerkt:

Der Herr Cultusminister läßt sich die angeregten Fragen ganz besonders angelegen sein; es handelt sich aber hier um Unternehmungen, die auf lange Zeit berechnet sind und darum die reiflichste Erwägung verdienen. Inwiefern ich der Hoffnung Ausdruck geben darf, daß auch diese Fragen eine erwünschte Erledigung finden werden.

Das Haus setzt die Etatsberathung fort und genehmigt zunächst den gestern der Budgetcommission nochmals überwiesenen Tit. 2 der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben: Zur Herstellung eines Dienstgebäudes für die Direction für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin, nach dem Antrage des Referenten dieser Commission in Höhe von 1,470,000 M.

Der Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung wird in Einnahmen und Ausgaben ohne erhebliche Dis-

Es folgt der Etat der Eisenbahnverwaltung. Referent Abg. Dr. Hammacher empfiehlt als Antrag der Budgetcommission unveränderte Annahme der Einnahmen und constatirt dabei, daß der Verkehr auf der Linie Berlin-Wehlar nicht bloß die Einnahmen vieler Privatbahnen, sondern auch der hannoverschen Staatsbahn schädigen würde:

Es würden wol überhaupt die wirklichen Einnahmen der Staatsbahnen im nächsten Etat wesentlich hinter den Vorschlägen zurückbleiben. Seit den Jahren 1874/75 seien die Gesamteneinnahmen sämtlicher Staatsbahnen constant geblieben. Sie beliefen sich auf rund 159 Mill., obgleich zuletzt etwa 1000 Kilometer neue Bahnen zugekommen seien. Auch in diesem Jahre sei keine Steigerung der Einnahme zu constatiren, nach den Berechnungen im Staatsanzeiger seien im Gegenheil bereits 2 Mill. Mindererträge gegen das Vorjahr. Referent bittet schließlich, der Grundsichtigkeit der Commission zu vertrauen, von einer Prüfung der einzelnen Titel abzusehen und die Einnahmen unverändert zu genehmigen.

Abg. Richter-Hagen: Der Herr Ministerpräsident hat sich in den letzten Wochen von Friedrichshagen aus über die Tarifpolitik in einem Briefe „an einen Collegen“ geäußert; ob an Hrn. Maybach — oder ob nur eine Titelfrage zu der Wahl des Titels geführt hat, das weiß ich nicht. Aber alles zwingt uns, zu erforschen, wie der Herr Handelsminister zu diesem Briefe steht. Denn er selbst hat uns erst vor einigen Wochen erklärt, daß er ein Reichs-Eisenbahngesetz für nöthig hält. Dann enthält der Brief scharfe Angriffe gegen das bestehende Eisenbahnwesen, schärfere noch als die, welche der Ministerpräsident im März des vergangenen Jahres gegen die damalige Eisenbahnverwaltung richtete. Ich frage deshalb den Herrn Minister, wie er zum Inhalte dieses Briefes steht.

Handelsminister Maybach: Der Brief ist nicht vom Herrn Ministerpräsidenten ausgegangen, sondern vom Herrn Reichskanzler. (Lachen links.) Ja wohl, meine Herren, das macht einen Unterschied; es ist das eine Reichsangelegenheit, und dazu hat die Regierung bisher immer die Stellung eingenommen, daß sie in diesem Hause derartige Dinge nicht vorab erörtert hat. Die Frage, ob und was aus Anlaß dieses Schreibens geschehen könne, vermag ich zur Zeit nicht zu beantworten; denn wenn die Angelegenheit an mich herantreten wird, wird sie im preussischen Staatsministerium zum Ausdruck gelangen.

Abg. Richter-Hagen: Diese Erklärung war sehr kurz, aber doch sehr berechtigt; den Brief soll nicht der preussische Ministerpräsident, sondern der Reichskanzler geschrieben haben. Im Publikum kennt man nur Einen Fürsten Bismarck. Nun hat der Reichskanzler selbst gesagt, als solcher im Reiche vermöge er gar nichts ohne die Zustimmung der preussischen Stimmen. Wirklich wunderbare Zustände! Ich bedauere sehr, daß die schiefte Stellung des mir gegenüberstehenden Ministers. In welche Lage geräth ein Fachminister des größten deutschen Staates gegenüber einem solchen Briefe des Reichskanzlers? Er weiß nicht, was der Reichskanzler von seinem Reffort schreibt. Aber der Herr Reichskanzler hat es probocirt, nun muß ja dieser Brief discutirt werden, wenn auch der Herr Minister Maybach einer solchen Discussion abgeneigt ist. Wenn ich auch mit der Eisenbahnpolitik des Herrn Reichskanzlers nicht einverstanden bin, so erkenne ich gern seine große Sachkenntniß willig an. Aber ich muß doch sagen, daß diese Sachkenntniß den Kanzler nicht gebindert hat, die Eisenbahnzustände ganz unrichtig zu schildern. Wenn der Reichskanzler sich über das Tarifwesen beschwert, so vergißt er, daß seit 1838 das Tarifwesen in Preußen ganz genau gesetzlich geregelt ist, daß vom Ministerium Normal- und Maximalsätze festgesetzt sind und

daß demnach von einer Ausbeutung des Publikums durch die Eisenbahnen nicht die Rede sein kann. Ja, das Ministerium hat das Recht, die noch bestehenden Ausnahmetarife zu widerrufen, also es kann der Industrie damit zu Hilfe kommen, und wir wissen noch vom vorigen Frühjahr, welche ungeheure Wichtigkeit eine einzige Rede des Ministerpräsidenten in diesem Hause gehabt hat auf die Umgestaltung des Holztarifwesens, und wie später der jetzige Handelsminister Tarife geändert hat zu Gunsten der grünerberger Weintrauben und der heimischen Röhrenindustrie. Das Tarifwesen ist so beschränkt, so eingeengt durch Gesetze und Verordnungen, daß eine weitere Beeinträchtigung der Freiheit der Directionen nicht mehr zulässig erscheint. Wenn dann der Ministerpräsident sagt, es fehle dem Tarifwesen an Einheit, so übersteht er, daß heute diese Einheit schon zu groß ist, daß gerade die Interessenten wünschen, es möge an die Stelle des einstufigen Satzes ein doppelter Satz und eine neue Scala von Ausnahmetarifen gesetzt werden.

Für das einst so gefeierte eifler System schwärmt heute niemand mehr. Auch den Vorschlag muß ich energisch ablehnen, die Eisenbahntarife gesetzlich zu bestimmen, das ist unzulässig und der Hinweis auf die Analogie der Postverwaltung ist nicht richtig, denn die Post hat eine Art von Differentialtarif heute noch zu ihrer Verfügung auch für allerlei Weintrauben, sobald uns die ungarische nicht mehr Porto kostet als die grünerberger und magdeburger oder sonst welche Sorte, die sich als schubbedürftig hinstellt, und das ist bei den Eisenbahnverwaltungen nicht der Fall. Der Ausdruck „Ausbeutung“, den ich in dem Briefe finde, erinnert stark an die socialistische Sprechweise und erinnert ferner stark an die Leute, von denen das neue Recept stammt. Neu ist das Recept sowie die neue kanzerliche Politik im ganzen überhaupt nicht, originell ist bloß, daß sie von einem Kanzler vertreten wird. (Heiterkeit.) Das alles ist das geistige Eigenthum des seligen Markus Antonius Rienbock, und der neue Eisenbahnplan ist eine Schöpfung des bekannten Perrot. Er hatte den großen Gedanken eines Einheitsbillets nach Analogie der einheitlichen Freimarken ohne Rücksicht auf die Weisenentfernung, später ist er gemäßigter geworden und zu einem Zonen-tarife gekommen, wie wir ihn aus dem Briefe des Kanzlers herauslesen können. Auch die Generalpächter sind von ihm. Ich will eine weitere Kritik der Politik des Kanzlers nicht geben, da er abwesend ist, aber mit dem Ausdruck der Beforgniß muß ich schließen, daß bereits es der deutschen Politik gefährlich werden kann, wenn der Kanzler mit solchen allgemeinen Projecten in die Oeffentlichkeit heraustritt.

Handelsminister Maybach: Ich habe fast den Eindruck, als ob ich mich im Reichstage befände und dort discutirt würde, wie Art. 45 der Reichsverfassung erfüllt werden könne, der die Tarifseinheit als anzustrebendes Ideal bezeichnet. (Sehr wahr! rechts.) Auf den Tabel, den der Herr Reichskanzler erfahren hat, wird, wie ich denke, der große Staatsmann selbst antworten können im Reichstage, ich glaube, er kann sich über einen solchen Tabel leicht hinwegsetzen. Dann ist so ganz nebenbei eine Angelegenheit fast cursorischer Natur erwähnt, nämlich der Differentialtarif für Weintrauben. Uns hat dabei der Gedanke fern gelegen, die heimischen Producenten zu schätzen, wir wollten nur den Bundesrathsbefehl zur Ausführung bringen, dem zufolge ausländische Producte nicht vor inländischen zu bevorzugen sind. Zudem ist die Maßregel so untergeordnet, daß die ungarischen Weintrauben für den Bezug in Berlin um 2 1/2 Pf. pro Pfd. vertheuert sind, was die Consumption doch wirklich nicht verliert. Ich kann dem Vordrucker schließlich zugeben, daß das staatliche Aufsichtrecht über die Bahnen stark genug ist, um Ausschreitungen bezüglich der Tarife zurückweisen zu können, aber das Aufsichtrecht kann nicht die bestehenden Tarife aufheben, und in diesem Umstande liegt vielleicht der Grund, weshalb in dem Briefe von Ausbeutung gesprochen ist. (Zustimmung rechts; Widerspruch links.)

Abg. Dr. Birchow: Man sollte doch nicht vergessen, daß der Herr Reichskanzler auch preussischer Minister ist; wir haben das Recht, den preussischen Minister hier zu fragen, und wenn die Herren etwas vorhaben im Reiche, worin sie der preussische Landtag unterstülzt, dann haben die Minister gern, wenn wir hier sie bestärken, andernfalls weicht man uns hier aus und sagt: das gehört in den Reichstag. Jetzt appellirt der Herr Kanzler von den Häusern, die er vor sich sieht, an die Häuser, die kommen sollen, es ist eine Art Wahlzettel, aber ich hoffe, das Pulver ist zu früh verschossen worden. Wir haben das Recht, auszusprechen, was uns im Interesse des Landes zu liegen scheint. Diese Art des Fürsten Bismarck führt zur Stärkung des Particularismus. In allen andern Staaten ermannet man sich aus dem Zauber des großen Staatsmannes; ich appellire an Ihr Mannesgefühl (zur Rechten), ob das das richtige Niveau ist für den preussischen Minister, einfach dem Kanzler zu gehören; seine selbständige Meinung mehr zu haben, noch weniger sie zu äußern. Es wird intendirt, alle Menschen zu absolutem Gehorsam zu bringen. Soll das etwa constitutionell sein? Kein Minister kann eine Garantie bieten, das rüht sich auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens; alles Vertrauen ist erschüttert, alle Bahnactien sinken, weil wir nicht wissen, was kommen kann. Wollen Sie Staatsbahnen, dann sagen Sie es ehrlich und auf einmal und machen Sie es nicht Stückweise. Millionen von Volkvermögen gehen dabei verloren, das mag sich einmal der Herr Minister überlegen. Auch unser Reichskanzler vermag ja das Wort zu kennen: so soumettre, — mögen doch einmal die preussischen Minister zeigen, wie viel Selbständigkeit sie haben. Es ist für mich äußerst betrübend, daß die deutschen Angelegenheiten so schnell in einen unangenehmen Rückschritt gerathen. Aber wir würden glauben, eine Pflicht gegen das Vaterland zu verletzen, wenn wir diese Dinge hier nicht zur Sprache bringen. (Beifall links.)

Handelsminister Maybach: Meine Herren! Nur zwei kurze Bemerkungen. Der Vordrucker deutet an, daß wir die Privatbahnen ruiniren, um sie dann billig zu kaufen. Ich weise das für meine Person energisch zurück, ich bin auch den Privatbahnen gegenüber stets loyal und billig verfahren. Mit Hrn. Dr. Birchow würde ich ein solches Beginnen für unrichtig und unwürdig halten. Auch darin muß ich dem Hrn. Abg. Birchow recht geben, daß, wenn die Nothwendigkeit neuer-

Bahnvererbungen an uns herantritt, es sich dann empfiehlt, die dem Staate nützlichsten Bahnen nicht einzeln und stückweise zu erwerben, sondern an das Haus heranzutreten mit einem allgemeineren Plane und der Erwerbung von ganzen Bahnruppen.

Abg. Richter-Hagen:

Ich lege Bewahrung dagegen ein, daß sich das Haus etwa mit den Anschauungen des Herrn Ministers im Einklang befindet.

Darauf wird die Discussion geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. Dr. Birchow, daß er nicht gesagt habe, die Regierung wolle die Privatbahnen ruinieren, sondern nur, daß die Politik der Regierung diesen Erfolg habe.

Kap. 15, Etat der Niederschlesisch-Märkischen Bahn, wird bewilligt, desgleichen der Etat der verschiedenen andern königlichen Staatsbahnen.

Zum Etat der Nassauischen Bahn beschwert sich Abg. Dr. Birchow, daß deren Direction den Stationsbuchhändlern den Verkauf der Frankfurter Zeitung verboten habe und daß der Handelsminister eine Beschwerde darüber zurückgewiesen habe. Es sei eßt polizeistaatlich, den Reisenden ihre Leselüre verbieten zu wollen.

Handelsminister Maybach:

Ich habe den zahlreichen Beschwerden, daß auf den Bahnhöfen entweder unsittliche oder gegen die Staatsordnung verstoßende Blätter verkauft würden, Folge gegeben und strengere Controle der Colporteurs angeordnet. Was die Frankfurter Zeitung angeht, so ist sie verboten von der Bahndirection im Einvernehmen mit der dortigen Regierung und ich bin nicht in der Lage, Remedur zu schaffen. Dies Blatt ist ja auch im Reichslande verboten.

Abg. Windthorst-Meyen:

Er halte die vom Minister bezeichneten Schriftenkategorien ebenfalls für solche, die zu verbieten seien, aber die Eisenbahndirectionen nicht für die zur Prüfung geeignete Instanz. Specieil hier liege ein Mißgriff vor, die Frankfurter Zeitung widerstreite weder der Sittlichkeit noch der öffentlichen Ordnung. Ihr Verbot schade namentlich das Handelspublikum, für welches die Frankfurter Zeitung sehr wichtig sei.

Handelsminister Maybach:

Ich bin mit dem Vorredner einverstanden, daß nicht die Bahnverwaltung zu entscheiden hat, ob ein Blatt der öffentlichen Ordnung gefährlich ist. Aber im vorliegenden Falle hat die Regierung in Rassel dies als Landespolizei entschieden, nicht die Bahndirection. Die handelspolitische Bedeutung des genannten Blattes erkenne auch ich an.

Abg. Dr. Hänel:

Er bezweifle, ob die Polizei rechtlich in der Lage sei, den Verkauf nichtverbotener Blätter auf den Bahnhöfen zu untersagen. Der Handelsminister sei und bleibe verantwortlich dafür, daß die öffentlichen Bahnhöfe gemisbraucht werden zum Tummelplatze der politischen Polizei. Er sage das, obgleich ihm die Frankfurter Zeitung unsympathisch sei. Nach dem Wacconre zwischen dem Reichskanzler und dem Eigentümer der Frankfurter Zeitung habe diese gefällige Kampfesart gegen die Frankfurter Zeitung fast den Ausbruch der Liebesleiderei.

Abg. Dr. Lasker ist ebenfalls mit dem Verbote unzufrieden und bedauert, daß der Minister die Angelegenheit der unsittlichen Bahnhöfliteratur vermischt habe mit der politischen Frage eines Zeitungsverbotes. Wenn Hr. Maybach die Frankfurter Zeitung für handelspolitisch beachtenswerth erachte, so liege es vielleicht daran, daß sie für das Staatsbahnsystem eintrete. (Weiterkeit)

Handelsminister Maybach:

Das Verbot ist nicht erfolgt auf Grund eines Gesetzes, sondern auf Grund eines Paragraphen in dem Contract der Direction mit dem Colporteur, wonach Letztere ermächtigt ist, Druckschriften vom Verkehr auszuschließen. Von dieser Vollmacht hat die Direction Gebrauch gemacht.

Abg. Dr. Majunke beklagt sich, daß in Rheinland, Westfalen und Oberschlesien schon seit Jahren und ähnlich im Elsaß ultramontane Blätter vom öffentlichen Vertriebe auf den Bahnhöfen ausgeschlossen sind.

Abg. Windthorst-Meyen behält sich vor, einen auf das Verbot bezüglichen Antrag beim Etat des Ministeriums des Innern einzubringen, zu welchem Ressort die Sache mehr zu gehören scheint.

Abg. Graf Limburg-Stirum:

Ich bin der Meinung, daß der Herr Handelsminister vollkommen correct gehandelt hat, er hat gehandelt, was jeder in seinem Hause zu thun berechtigt ist. (Ohoh links.) Wenn das Liebesleiderei genannt wird, nun so wäre ich auch ein Liebesleiderei, ich hätte ebenso gehandelt. Ein Mann, der gegen den ersten Reichsbeamten so antritt wie Hr. Sonnemann und sein Blatt, erfordert solche Maßregeln.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Niß:

Die Staatsbahnen sind nicht Privateigenthum des Ministers, also vom Hausrecht kann nicht die Rede sein. Er würde ebenso gut sagen, die frei- oder neuconservativen Abgeordneten sollen nicht mehr auf der Eisenbahn fahren. (Weiterkeit.) Was der Graf Limburg von seiner Bereitschaft zur Liebesleiderei gesagt habe, sei freilich nicht zu bezweifeln. (Weiterkeit.) Aber man könne doch nicht jedes Blatt verbieten, das dem Reichskanzler unangenehm sei, sonst bliebe noch der Staats-Anzeiger, das Amtsblatt, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung. (Auf links: Die Post!) Da wohl und die „Post“. Das wäre doch höchst bedauerlich; man solle lieber einige officielle Blätter verbieten, die nur geeignet sind, uns bei den ausländischen Reisenden zu discreditiren. Die Regierung solle ihre Aufmerksamkeit lieber der unsittlichen Literatur zuwenden, die immer noch große Verbreitung auf Bahnhöfen finde. Aus der Polizeigewalt, die in den Zeitungsverboten sich befundet, spreche gerade keine Empfehlung für das Staatsbahnsystem, zumal, da solche Maßregeln nicht die Zeitung, sondern die Freiheit des Publikums trafen, das man wie unwürdige Kinder behandle.

Abg. Lasker:

Ich bringe nochmals darauf, daß die Frage beantwortet wird, aus welchem Grunde die Frankfurter Zeitung verboten worden ist; der Grund, den Graf Limburg-Stirum angegeben hat — die Scene zwischen dem Abg. Sonnemann und Fürst Bismarck im Reichstage — kann ich doch unmöglich anerkennen. Uebrigens wurde Fürst Bismarck damals nicht angegriffen, sondern ich, der Reichstag und das ganze Publikum haben dem Abg. Sonnemann recht, daß er sich gegen ungerechte Anschuldigungen verteidigte. Es war ein unglückliches Debut des Grafen Limburg-Stirum, und ich hoffe, die Regierung macht seine Argumentation nicht zu der ihrigen.

Abg. Graf Limburg-Stirum bemerkt, daß er sich nicht auf die Scene im Reichstage, sondern auf die ganze Haltung der Frankfurter Zeitung bezogen habe.

Der Handelsminister Maybach erwidert dem Abg. Lasker, daß er sich der ganzen Verhandlung nicht mehr erinnere, indeß glaube er, daß die Landespolizeibehörde erklärt habe, das Blatt eigne sich nicht zur Colportage, und darum sei das Verbot erfolgt. Sei der Zeitung unrecht geschehen — was in Folge der heutigen Debatte nochmals untersucht werden würde — so solle das Nöthige dagegen veranlaßt werden.

Abg. Richter-Hagen:

Man verfallt heute in eine Reaction, wie sie schlimmer in Preußen zu keiner Zeit geherrscht habe, das ganze Verfahren gegen die Frankfurter Zeitung sei kleinlich und gehässig. Wenn man, wie jetzt Graf Limburg-Stirum zu thun scheint, in der Scene im Reichstage auf Seiten des Abg. Sonnemann stehe, dann müßte man doch endlich für eine Vorlage eintreten zum Schutz der Ehre der Abgeordneten gegen unmotivirte Angriffe von Seiten des Reichskanzlers. Die ganze Debatte sei dem Redner im übrigen darum so willkommen, weil sie heute schon zeige, was die Staatsbahnverwaltung für Aussichten eröfne, was man einst zu erwarten habe, wenn erst die Privatbahnen ohne gesetzlichen Schutz für uns in den Besitz einer solchen Staatsverwaltung übergehen.

Abg. Windthorst-Meyen protestirt nochmals gegen das Verbot der Frankfurter Zeitung:

Wenn so etwas möglich sei, dann werde schließlich die gesetzlich eingesicherte Pressefreiheit auf dem Verwaltungswege aufgehoben. Redner erwartet entschieden genauere Auskunft und Remedur, eventuell werde man gezwungen sein, entsprechende Anträge im Hause zu stellen.

Kap. 22—25 werden bewilligt.

Kap. 26: Privateisenbahnen, bei denen der Staat theilhaftig ist, Tit. 1: Oberschlesische Eisenbahn 3,431,339 M., regt Abg. v. Harknowski wiederum die billigere Beförderung der obereschlesischen Steinkohle an und führt unter Aufzählung der Preise der verschiedenen Bahnen für die Kohlenbeförderung aus, daß sich auch bei billigerem Transport ein sehr erheblicher Gewinn würde erzielen lassen.

Abg. Hundt v. Haffen: Es möge genügen, eine Anomalie auf diesem Gebiete anzuführen: die Beförderung von 100 Ctrn. Steinkohle auf 150 Meilen von Oberschlesien nach den ost- und westpreussischen Häfen ist 1 1/2 M. theurer als die Production selbst.

Abg. Schmidt-Stettin tritt den Ausführungen der Vorredner bei.

Die einzelnen Titel des Kap. 26 sowie Kap. 27 werden bewilligt.

Darauf vertagt das Haus die weitere Berathung des Etats auf heute Abend 7 1/2 Uhr.

In der Abend Sitzung wird mit der weitern Berathung des Eisenbahnetats, und zwar der Ausgaben, fortgefahren.

Abg. Lüders richtet an die Regierung die Frage, ob sie die complicirte Organisation der Eisenbahnverwaltungen in acht Directionen beibehalten wolle. Minister Maybach erklärt, daß im nächsten Jahre der Plan einer vereinfachten Organisation vorgelegt werden solle.

Abg. Berger tadelt das Ueberwiegen der juristischen Beamten gegenüber den technischen, besonders solle man die beim Bau beschärftrag gewesen Baumeister auch beim Betriebe anstellen.

Minister Maybach erklärt, daß er in Bezug auf die Parität der beiden Beamtenkategorien der Eisenbahnen von den bewährten Grundsätzen seines Amtsvorgängers nicht abweichen werde. Die Regierungsdirektoren würden nur scheinbar bevorzugt, indem ihre Ernennungen, auch wenn sie nicht etatsmäßige Stellen erhielten, publicirt würden. Für die bei den Bantzen angestellten Baumeister werde, soweit dies irgend möglich, bei Eröffnung des Betriebes gesorgt werden.

Die Budgetcommissiön beantragt:

Dem Landtage im nächsten Jahre eine Zusammenstellung der Ergebnisse der Schienenbahnsubventionen vorzulegen und zugleich Mittheilungen darüber zu machen, wie weit sich bei solchen und andern Subventionen für die Staatsbahnenverwaltung Koalitionen von Lieferanten zum Zwecke der Erzielung höherer Preise bemerkbar gemacht haben.

Abg. Richter-Hagen macht auf die erhebliche Ueberproduction der deutschen Schienenwerke aufmerksam, welche dieselben nöthige, etwa 3 Mill. Ctr. jährlich mehr zu exportiren als importirt wird.

Um diesen Export zu erleichtern, habe sich eine Coalition deutscher Schienenfabrikanten gebildet, die bei allen Submissionen von deutschen Eisenbahnverwaltungen die Preise um etwa ein Achtel höher halten als die englischen Werke, während sie nach dem Auslande billiger verkaufen. Deutschland müsse also zu Gunsten des billig kaufenden Auslandes eine sehr erhebliche Last tragen. Noch habe die Regierung die Möglichkeit, durch Zulassung der englischen

Concurrenz diese Preise einigermaßen zu reduciren, jedoch, wie beabsichtigt, der Central Schienen mit 1 M. Zoll belastet werde, werde diese Concurrenz gänzlich ausgeschlossen.

Abg. Köstel erinnert an die im vorigen Jahre gefasste Resolution, welche die Regierung um eine generelle Prüfung und eventuelle Reform des Submissionsverfahrens ersuchte.

Geheimrath Kaymund erwidert, daß die Regierung mit der Aufstellung allgemeiner Bestimmungen beschäftigt sei.

Abg. Berger bemerkt dem Abg. Richter, daß die Ueberproduction nur durch den plötzlich gesteigerten Bedarf hervorgerufen sei, der vorzugsweise auch die Befestigung der Eisenzüge veranlaßt habe:

Die Coalition habe nur den Zweck, die vorhandene Arbeit gleichmäßig an alle Unternehmer zu vertheilen, statt sie in die Hände eines einzigen fallen zu lassen. Die ins Ausland gelieferten billigeren Schienen seien von viel schlechterer Qualität als die für die preussischen Bahnen gelieferten. Wollte man die Eisenwerke noch weiter herunter, so entziehe man dadurch gleichzeitig den Eisenbahnen erhebliche Transporte, weil zur Herstellung eines Centners Eisen 10 Ctr. Rohmaterialien gehören.

Abg. Richter hält es für zweckmäßiger, den Eisenbahnen dadurch zu helfen, daß man ihnen billigere Schienen liefere. Der Redner will näher auf die Eisenfrage eingehen, wird aber wiederholt von dem Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß die Geschäftsfrage ein detaillirtes Eingehen auf diese Materie um so weniger räthlich mache, als der Reichstag dieselbe hinnen kurzen ausführlich erörtern werde. Der Redner bedauert, daß eine so wichtige Frage über das Rnie gebrochen werden müsse, da man den umfassenden Eisenbahnetat auf eine einzige Abend Sitzung zusammengebrängt habe.

Die Resolution der Budgetcommissiön wird mit großer Majorität angenommen.

Abg. Richter-Hagen fragt, ob eine Verfügung in Betreff der literarischen Beschäftigung der Eisenbahnbeamten in neuester Zeit erlassen sei.

Minister Maybach:

Ich bin nicht dagegen, daß sich die Beamten auch wissenschaftlich beschäftigen; ich wünsche nur im allgemeinen zu wissen, worüber sie schreiben wollen, damit ihre Arbeit nicht absolut im Widerspruch mit den Absichten der Regierung steht. Die Broschüre von Schwabe über Secundärbahnen stellt eine solche Menge von Localitäten auf, daß ich mich bei Anfragen gar nicht erwehren konnte, weil man glaubte, die Broschüre enthalte meine Auffassungen.

Abg. Richter-Hagen:

Dann würde doch wol die einfache Erklärung genügen, die Arbeit sei eine Privatarbeit; eine solche Leistung, wie sie der Minister einführte, würde alle wissenschaftlichen Bestrebungen der Beamten lähmen lassen.

Die Resolution wird genehmigt.

Es folgt der Gesegentwurf betreffend die Festsetzung des Staatshaushaltsetats, welcher in Einnahme und Ausgabe auf 711,500,758 M. festgesetzt wird, und zwar auf 652,622,066 M. an fortwährenden und 58,878,692 M. an einmaligen Ausgaben, und der Gesegentwurf betreffend die Ergänzung der Einnahmen, in welchem die Höhe der Anleihe statt auf 73,750,000 M. auf 67,950,000 M. fixirt wird. Das Haus genehmigt beide Gesetze.

Nächste Sitzung Montag 10 Uhr. Tagesordnung: Dritte Berathung des Etats und Generalbericht.

Deutsches Reich.

N.L.C. Berlin, 7. Febr. Die Nachricht, daß in der neulichen Sitzung der Zolltarifcommissiön auch ein Zoll auf Brennstoff beantragt worden sei, ist in Zweifel gezogen worden. Dem gegenüber wird uns von sonst autorisierter Seite bestimmt versichert, daß allerdings ein Zoll auf Brennstoff im Betrage von 5 Pf. pro Klafter in Vorschlag gebracht worden ist.

Aus Berlin vom 8. Febr. wird der Magdeburger Zeitung berichtet: „Am Freitag Abend fand in dem Hotel des Fürsten Bismarck unter dessen Vorsitz ein preussischer Ministerrat statt, welcher erst nach Mitternacht sein Ende fand. In Abgeordnetenkreisen wollte man wissen, daß es hierbei zu sehr stürmischen Erörterungen gekommen wäre; über den Inhalt der Berathung gingen indeffen die Angaben auseinander. Einerseits meinte man, es hätte sich um Zoll- und Steuerfragen und namentlich um die Tabaksteuer gehandelt, andererseits wollte man wissen (nach hat dies weniger Wahrheitsähnlichkeit für sich). Die Behauptungen hätten sich nur um den Generalbericht der Budgetcommissiön des Abgeordnetenhauses bewegt. Jedenfalls machte sich in gewissen ministeriellen Kreisen heute eine unverkennbare Niedergeschlagenheit geltend. — In einer heute Nachmittag abgehaltenen Sitzung nahm der Bundesrath die Ausschlußanträge bezüglich des Gesetzes über die Strafgesetze des Reichstages an. Im übrigen wurde die Festsetzung des Etats mit den dazu gehörigen Gesetzen zum Abschluß gebracht. — Die aus bester Quelle verlautet, hat der Kaiser sich entschlossen, den Reichstag am kommenden Mittwoch in höchst eigener Person zu eröffnen. Der Wortlaut der Thronrede soll deshalb ein möglichst kurzer werden.“

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Die Mittheilungen der National-Zeitung, daß der Justizausschuß des Bundesrathes sich bereits über Vorschläge zu Berufungen von Mitgliedern des Reichsgerichts schlüssig gemacht habe, wird uns als vollständig erfunden bezeichnet.

Der Deutsche Reichs-Anzeiger schreibt: Nachdem sich die Regierung der Samoainseln durch eine vorläufige Uebereinkunft vom 3. Juli 1877 dazu verpflichtet hatte, Deutschland die Rechte der weitestbegünstigten Nation einzuräumen, und im Januar 1878 ein Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen Samoa und den Vereinigten Staaten von Amerika zu Stande gekommen war, ist am 24. Jan. d. J. ein definitiver Freundschaftsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Samoainseln unterzeichnet worden.

Preußen. Der vom Abg. v. Rauchhaupt gestellte und von sämmtlichen Neuconservativen unterzeichnete Antrag bezüglich des Generalberichtes der Finanzen lautet folgendermaßen:

Das Haus der Abgeordneten möge beschließen: In der angestrebten Verwirklichung der eigenen Einnahmen des Reiches seine volle Zustimmung in der Erwartung auszusprechen, daß es dadurch gelingen werde, hinreichende Beiträge disponibel zu machen, um nicht nur das Gleichgewicht im preussischen Staatshaushaltet dauernd wiederherzustellen, sondern auch durch Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer die Communalverbände finanziell zu erleichtern und die Klassen- und die progressiven Einkommensteuer herabzumindern.

Die Neue Preussische Zeitung schreibt: In unterrichteten Kreisen gilt es als die bestimmte Absicht des Reichskanzlers, die Frage des Welfenfonds zu einer definitiven Erledigung zu bringen.

Das Deutsche Montags-Blatt berichtet aus Berlin vom 9. Febr.: Wie wir hören, soll am Freitag ein von außerhalb in Berlin angekommenes Paket socialistischer Schriften sehr aufreizenden Inhalts mit Beschlagnahme belegt worden sein. Das Paket enthielt auch eine längere Liste von Personen, denen die Schriften übermitteln werden sollten.

Die Post antwortet auf die ihr zugegangene Entgegnung des Hrn. Dr. Kürten betreffs des Berichtes der Post über die von Socialdemokraten geförderte fortschrittliche Versammlung: „Unser Herr Berichterstatter versichert uns auf das positivste, daß er zu dem Berichte nicht das geringste aus eigener Phantasie hinzugefügt, sondern daß er für jede von ihm berichtete Unterbrechung als wirklich geschehen einsteht.“

Thüringische Staaten. Aus Thüringen, 7. Febr. Der Geh. Staatsrath Dr. Bollert in Gera befindet sich auf dem Wege der Censur. In Weimar hat das Cultusministerium angeordnet, daß auch in den Fortbildungsschulen wie in den Volksschulen alljährlich eine öffentliche Prüfung stattfinden soll; den abgehenden Fortbildungsschülern sollen auch Schulzeugnisse behändigt werden.

Württemberg. Wir theilen die Note, welche der Ministerpräsident v. Wittmann in der Sitzung der Abgeordnetenkammer am 6. Febr. betreffs des Antrages wegen der Strafverfolgung des Reichstages hielt, im Folgenden mit:

Meine Herren! Die Entscheidung darüber, ob das hohe Haus es für geboten oder zweckmäßig hält, über den dem Bundesrath vortragenden Entwurf eines Reichsgesetzes über die Strafverfolgung des Reichstages gegen seine Mitglieder ein Urtheil abzugeben, hat die Regierung lediglich dem Ermessen der Kammer selbst zu überlassen, um so mehr, als die Regierung sich nicht in der Lage hält, über den bisherigen Verlauf der Beratungen der Regierungen jetzt factische Mittheilungen zu machen oder Vermuthungen auszusprechen über das zumächstliche Ergebniß jener Beratungen.

Ich constatire, daß diese Aeußerung in der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 24. Jan. 1878 gemacht wurde und sich bezog auf eine Interpellation in Betreff der Gerichtsorganisation des Deutschen Reiches, namentlich des Festhaltens an den Oberlandesgerichten als höchster Instanz und an dem Geschworenengericht. Selbstverständlich wird die Regierung jeden Beschluß der Landesvertretung auch in dieser Sache mit der gebührenden Achtung entgegenzunehmen; ihrem Bewußtsein zum Bundesrath hat sie inzwischen solche Instruktionen ertheilt, wie sie dieselben den Interessen des Landes entsprechend erachtet und seinerzeit nach Austrag der Sache vor der Vertretung des Landes verantworten zu können glaubt.

Das Haus der Abgeordneten möge beschließen: In der angestrebten Verwirklichung der eigenen Einnahmen des Reiches seine volle Zustimmung in der Erwartung auszusprechen, daß es dadurch gelingen werde, hinreichende Beiträge disponibel zu machen, um nicht nur das Gleichgewicht im preussischen Staatshaushaltet dauernd wiederherzustellen, sondern auch durch Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer die Communalverbände finanziell zu erleichtern und die Klassen- und die progressiven Einkommensteuer herabzumindern.

Die Neue Preussische Zeitung schreibt: In unterrichteten Kreisen gilt es als die bestimmte Absicht des Reichskanzlers, die Frage des Welfenfonds zu einer definitiven Erledigung zu bringen.

Das Deutsche Montags-Blatt berichtet aus Berlin vom 9. Febr.: Wie wir hören, soll am Freitag ein von außerhalb in Berlin angekommenes Paket socialistischer Schriften sehr aufreizenden Inhalts mit Beschlagnahme belegt worden sein.

Die Post antwortet auf die ihr zugegangene Entgegnung des Hrn. Dr. Kürten betreffs des Berichtes der Post über die von Socialdemokraten geförderte fortschrittliche Versammlung: „Unser Herr Berichterstatter versichert uns auf das positivste, daß er zu dem Berichte nicht das geringste aus eigener Phantasie hinzugefügt, sondern daß er für jede von ihm berichtete Unterbrechung als wirklich geschehen einsteht.“

Thüringische Staaten. Aus Thüringen, 7. Febr. Der Geh. Staatsrath Dr. Bollert in Gera befindet sich auf dem Wege der Censur. In Weimar hat das Cultusministerium angeordnet, daß auch in den Fortbildungsschulen wie in den Volksschulen alljährlich eine öffentliche Prüfung stattfinden soll; den abgehenden Fortbildungsschülern sollen auch Schulzeugnisse behändigt werden.

mehr ein, zu denken, daß England sich zum Verfechter der Rechte der Nordschleswiger machen werde. Fürst Bismarck muß die Angelegenheit mit seinem eigenen Gewissen und den unversöhnlichen Deputirten Nordschleswigs abmachen.

Der berliner Berichterstatter der Morning Post telegraphirt vom 7. Febr., er sei zu der Erklärung ermächtigt, daß wegen des Verkaufes von Helgoland keine Verhandlungen zwischen England und Deutschland stattgefunden haben.

Die Pall-Mall Gazette läßt sich unterm 7. Febr. aus Kopenhagen melden, der dortige Gesandte des Deutschen Reiches, Baron Heydebrand und der Lasz, habe den Befehl erhalten, sofort sein Abberufungsschreiben zu überreichen. (?)

Rußland.

Nach einer Mittheilung der Kölnischen Zeitung lautet die Bittschrift, welche eine Studenten-Deputation dem Thronfolger übergeben wollte, um seine Vermittelung für die zur Deportation verurtheilten Studenten anzurufen, wie folgt:

Erlauchter Thronfolger Jarwitsch! Die traurigen Ereignisse, welche in Charkow den Anfang nahmen, sollen jetzt mit der Deportirung unserer verhafteten Kollegen nach Sibirien ihren traurigen Abschluß finden. Wir wenden uns, erlauchter Herr, an Deinen Gerechtigkeits Sinn und an Deine uns bekannte Milde. Sei bei Deinem erlauchten Vater Fürsprecher unserer gerechten Sache und mildere dadurch die allzu harte Strafe, welche unsern armen Kollegen zu Theil werden soll, besonders da dieselben keinem Gerichtshofe gegenübergehandelt haben, also nicht auf gesetzlichem, sondern im administrativen Wege bestraft wurden.

Wie bereits mitgetheilt, kam es bei Vorlesung dieser Bittschrift vor dem Palais des Thronfolgers zu unruhigen Auftritten, welche mit der Verhaftung von 300 Personen aus dem Volke und Studenten endete.

Dem «Bund» schreibt man aus Odessa vom 25. Jan.:

Ein Alarmgerücht jagt das andere, und da das Publikum leider die Entdeckung gemacht hat, daß nicht immer Aeußerung der Wahrheit entspricht, was die Regierung über den jetzigen Stand und über den Fortgang der Epidemie verlautbaren läßt, so schenkt es diesen alarmirenden Gerüchten zu seinem eigenen Schaden viel bereitwilliger Glauben als den beruhigenden Bekräftigungen der Regierungsorgane. Und wer wußte es auch am Ende zu sagen, daß man es wirklich immer nur mit heillosen Alarmgerüchten zu thun hat, oder ob nicht, wenigstens hinter einem Theile derselben, ein gut Stück Wahrheit steckt? Da erhebt vor zwei Tagen eine der größten hiesigen Zeitungen ein Privat Schreiben aus dem von der Pest am ärgsten heimgesuchten Kreise, d. h. aus dem von Jentotajewsk. Dieses Schreiben bringt Details, welche dem Leser die Haare zu Berge steigen lassen, — und doch muß die Redaktion des betreffenden Blattes sich selbst und andern gegenüber zugeben, daß es von einer durch und durch ehrenwerthen Person herrühre, welche absolut kein Interesse daran haben kann, Unwahrheiten in die Welt zu schleudern.

Italien.

In Neapel hat am 3. Febr. die erste Vernehmung des Mordmörders Passanante vor seinen fünf mit der Untersuchung seines Gemüthszustandes beauftragten Professoren Tamburini, Biffi, Verga, Tommasini und Buonomo stattgefunden.

Frankreich.

* Paris, 8. Febr. Mit Ausnahme der äußersten bonapartistischen Presse findet die Botschaft des Präsidenden jetzt allgemeine Zustimmung.

Großbritannien.

London, 8. Febr. Ueber die Aufhebung der Plebiszitlausel des Prager Vertrages äußert sich der Standard, bekanntlich das Organ Lord Beaconsfield's, in sehr bemerkenswerther Weise folgendermaßen:

Fürst Bismarck hat die Gelegenheit einer vorübergehenden Verhaukung seines Rufes dazu benutzt, die Welt in schlagender Weise daran zu erinnern, daß er der Autor der bedeutendsten territorialen Veränderungen unvers Zeit- alters ist, indem er von Oesterreich die Aufhebung des 8. 5 des Prager Vertrages erlangte, welcher sein Dasein der Einmischung Napoleons III. verdankte.

... mit 1 M. ... gänglich auf ... Jahre ge ... eine gene ... missions ... Regierung ... beschäf ... er, daß die ... gestiegerten ... ise auch die ... vorhandene ... stellen, hatt ... en. Die ins ... viel schles ... men geliefere ... herunter, so ... ererbliche ... sters Wfen ... den Eisen ... en billigere ... er auf die ... it von dem ... af die Ge ... se Materie ... ichtigstag die ... erde. Der ... ze über das ... umfassenden ... zusammen ... wird mit ... erfähung in ... Eisenbahn ... auch wissen ... gemeinen zu ... Arbeit nicht ... Regierung ... underbühren ... daß ich mich ... man glaubte, ... g genügen, ... Lehrer, wie ... stlichen Be ... die Feststel ... Einnahme ... llt wird, ... ernden und ... und der ... r Einnah ... statt auf ... ird. Das ... esordnung: ... ericht. ... daß in der ... auch ein ... weifel ge ... kanst gut ... ndering's ... 5 Pf. pro ... Magde ... bend fand ... den Vorst ... effer erst ... eordnet ... sehr stür ... en Inhalt ... ausman ... um Zoll ... steuer ... hat ... Debatten ... Budget ... Bedenfalls ... heute eine ... In einer ... der ... des Ge ... g es an ... mit dem ... ifer sich ... Mittwoch ... Wortlaut ... werden."

Leipziger Börse.

10. Febr.

Wechsel.

Table with exchange rates for various locations including Amsterdam, London, and Paris.

Deutsche Fonds.

Table listing German bonds and securities with columns for title, interest rate, and price.

Bank-Disconto.

Table showing bank discount rates for different banks and locations.

Series.

Table listing various series of bonds and securities.

Table listing Eisenbahn-Stamm-Aktien (Railway Shares).

Table listing Eisenbahn-St.-Pr.-Actien (Railway Preference Shares).

Table listing Bank- u. Credit-Actien (Bank and Credit Shares).

Table listing Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior. (Industrial Shares and Preferences).

Table listing Ausländische Fonds (Foreign Funds).

Table listing Eisenbahn-Stamm-Aktien (Railway Shares).

Table listing Inl. Eisenb.-Prior.-Obl. (Domestic Railway Preference Bonds).

Table listing Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl. (Foreign Railway Preference Bonds).

Table listing Kohlen-Act. u. Prior. (Coal Shares and Preferences).

Ankündigungen. Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Dienstag, 11. Febr. Der Prophet. Große Oper mit Tanz in 5 Acten, nach dem Französischen von Eugen Scribe, deutsch von Louis Reußab. Musik von Giacomo Meyerbeer. (42. Abonnements-Vorstellung.) Altes Theater. Dienstag, 11. Febr. Doctor Klaus. Lustspiel in 5 Acten von Adolff Arronge. Dr. Ferdinand Klaus, Herr Dr. August Förster.

Stanley's Reise durch Afrika.

Verlag von J. A. Brockhaus in Leipzig.

Vollständig liegt vor:

DURCH DEN DUNKELN WELTTHEIL

oder

Die Quellen des Nils, Reisen um die grossen Seen des aequatorialen Afrika und den Livingstone-Fluss abwärts nach dem Atlantischen Ocean

von

HENRY M. STANLEY.

Zwei Bände. Mit Karten und Abbildungen.

8. Geh. 32 Mark 50 Pf. Geb. 37 Mark.

Mit dem kürzlich erschienenen zweiten Bande ist die deutsche Ausgabe des epochemachenden Werks vollständig geworden. Den ausserordentlichen Erfolgen, von denen Stanley's Reise begleitet war, entspricht auch die musterhafte Darstellung seiner Erlebnisse sowie deren reiche Ausstattung mit instructiven Karten und Abbildungen. Das Werk nimmt eine ganz hervorragende Stelle in der geographischen Reiseliteratur ein.

Anfang ausnahmsweise um halb 7 Uhr.

„Euterpe.“

VIII. Abonnement-Concert

(unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Wilhelm Treiber)

Dienstag, den 11. Februar 1879

im Saale der Buchhändlerbörse zu Leipzig.

Programm.

- Ouverture: Michel Angelo
Arie aus Odysseus: Niels W. Gade
Concert (No. 9, D-moll) für Violino: L. Spohr
Lieder mit Pianoforte: a) „Kranze“ J. Brahms, b) „Lotosblume“ R. Schumann, c) „Rastlose Liebe“ F. Schubert
Solostücke für Violine: a) Lore und Gavotte Seb. Bach, b) Cavatine J. Raff
Symphonie (No. 4, B-dur) Beethoven.

Einlass halb 6 Uhr. Anfang halb 7 Uhr. Ende halb 9 Uhr.

8. Abonnement-Concert der „Euterpe“ Dienstag, den 4. März 1879.

Verlag von J. A. Brockhaus in Leipzig.

Schul-Ausgaben

der Deutschen Classiker des Mittelalters.

Herausgegeben von

Karl Bartsch.

- 1. Das Nibelungenlied. Mit einem Wörterbuche.
2. Kudrun. Mit einem Wörterbuche.
3. Walther von der Vogelweide. Mit einem Wörterbuche.

8. Jeder Band geh. 2 M., geb. 2 M. 50 Pf.

Bei dem neu erwachten Eifer, mit welchem das Studium der altdutschen Sprache und Literatur gegenwärtig in fast allen höhern Unterrichtsanstalten betrieben wird, kommen diese eigens zum Schulgebrauch eingerichteten Ausgaben einem weit verbreiteten Bedürfnisse entgegen.

Leipziger Tageskalender vom 11. Februar.

Eisenbahnfahrten.

Leipziger Bahnhof. A. Rinte Leipzig-Gol. Abf. 4.30 (Görlitz, Hof), 5.30 (Görlitz, Hof, Karlshof, Eger, Marienbad, Regensburg, München, Wien), 6.30 (Görlitz, Hof, Eger, Hof, Regensburg, Karlshof, Marienbad), 12.30 (Leipz. Gera, Eger, Karlshof, Marienbad, Hof, Bielefeld, Wien), 3.30 (Gera, Eger, Hof, Regensburg, Karlshof, München, Lindau, Regensburg, Rastatt), 6.30 (Leipz. Gera, Eger, Hof, Regensburg, Rastatt), 10.40 (nur nach Jülich und Aachen), 12.30 (Görlitz, Hof), Ank. 1.30 (Görlitz, Hof), 2.30 (Görlitz, Hof), 3.30 (Görlitz, Hof), 4.30 (Görlitz, Hof), 5.30 (Görlitz, Hof), 6.30 (Görlitz, Hof), 7.30 (Görlitz, Hof), 8.30 (Görlitz, Hof), 9.30 (Görlitz, Hof), 10.30 (Görlitz, Hof), 11.30 (Görlitz, Hof), 12.30 (Görlitz, Hof).

Verantwortlicher Redacteur: Prof. Dr. Karl Wiedermann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brockhaus in Leipzig. — Druck und Verlag von J. A. Brockhaus in Leipzig.

Zur letzten Ziehung

der l. t. österr.

1839er Staats-Lose!

welche unbesitzt

am 1. März 1879

mit Treffer gezogen werden müssen, verkaufen wir mit deutschem Stempel:

Ein ganzes Reichsmark Original-Los 1500
1 Fünftel 330
Haupttreffer 315.000 fl = 630.000 Mk.
Gesamtgewinn über 9 Millionen Gulden.

Nieten erklären bei diesen Lose nicht, jedes Los muß mit Treffer gezogen werden. — In 100 Jahren ereignet es sich nur einmal, daß ein Staats-Los an Lehren zu Ende geht, möge daher Jedermann diese seltene Gelegenheit benutzen und dem Glück die Thüre öffnen.

NYTRAI & Co., Bankhaus, Wien, Kärntnerstraße 16.

Die Annoncen-Expedition von J. Berek & Co.

in

Halle a. d. Saale

empfiehlt sich zur Annahme von Inseraten in alle Zeitungen.

Verlag von J. A. Brockhaus in Leipzig.

Das Christusbild der Apostel und der nachapostolischen Zeit.

Aus den Quellen dargestellt

von Dr. Daniel Schenkel.

8. Geh. 7 M. 50 Pf. Geb. 9 M.

Als eine notwendige Ergänzung und Weiterführung seines bekannten Werks „Das Charakterbild Jesu“ veröffentlicht der Verfasser die vorliegende Darstellung des Christusbildes, wie es sich während und nach der apostolischen Zeit allmählich veränderte...

Schenkel, Daniel. Die Grundformen des Christenthums aus dem Bewußtsein des Glaubens im Zusammenhange dargestellt. 8. Geh. 9 M. Geb. 10 M. 50 Pf.

Leipziger Buchhof. (Via Riesa). Abf. 4.30 (Görlitz, Hof, Karlshof, Eger, Marienbad, Regensburg, München, Wien), 6.30 (Görlitz, Hof, Eger, Hof, Regensburg, Karlshof, Marienbad), 12.30 (Leipz. Gera, Eger, Karlshof, Marienbad, Hof, Bielefeld, Wien), 3.30 (Gera, Eger, Hof, Regensburg, Karlshof, München, Lindau, Regensburg, Rastatt), 6.30 (Leipz. Gera, Eger, Hof, Regensburg, Rastatt), 10.40 (nur nach Jülich und Aachen), 12.30 (Görlitz, Hof), Ank. 1.30 (Görlitz, Hof), 2.30 (Görlitz, Hof), 3.30 (Görlitz, Hof), 4.30 (Görlitz, Hof), 5.30 (Görlitz, Hof), 6.30 (Görlitz, Hof), 7.30 (Görlitz, Hof), 8.30 (Görlitz, Hof), 9.30 (Görlitz, Hof), 10.30 (Görlitz, Hof), 11.30 (Görlitz, Hof), 12.30 (Görlitz, Hof).

Der Malter empfiehlt sich prompten u. billigen Beforgung von Zeitungsanzeigen in sämtliche Blätter der Post.

Neustadt a/Orla, Thüringen

Von jetzt ab finden junge Mädchen an guter Familie von 10-16 Jahren in dem mit der höheren Töchterschule hier verbundenen Pensionat Aufnahme. Die Anstalt gewährt jede für junge Mädchen erforderliche Ausbildung und empfiehlt sich besonders durch die günstigen klimatischen Verhältnisse...

Ein Werkmeister

dem langjähr. pract. Erfahrungen u. d. besten Zeugnisse in der Maschinenbaubranche Seite stehen, sucht sofort Stellung. Gefällige Offerten sud X. 2954 an Rudolf Mosse, Dresden, erbeten. (330-3)

Königl. Hoftheater zu Dresden

Repertoire Entwurf vom 11. bis 15. Februar. Altstadt. Dienstag, 11. Febr. Zum ersten male: Meine geschiedene Frau. Plaudern in 1 Act, von Fern. Zum ersten male Nach Mitternacht. Lustspiel in 1 Act von Fremdenthal. Concert des Musikischen Deagrement. — Mittwoch, 12. Febr. Tell. (Schauspiel. Anfang 7 1/2 Uhr. — Donnerstag, 13. Febr. Turpanthe. — Freitag, 14. Febr. Die Waise am Lowood. — Sonnabend, 15. Febr. Zaubersföte. Neustadt. Dienstag, 11. Febr. Bar und Zimmermann. — Donnerstag, 13. Febr. Mein geschiedene Frau. Nach Mitternacht. Das Versprechen hinter'm Heerd. — Sonnabend, 15. Febr. Miß Sampson.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Buchhändler Fr. Hermann Haupt in Leipzig mit Fräulein Anna Terntsch. — Hr. Rudolf Weise in Leipzig mit Fräulein Böhme. — Hr. Richard Adermann in Waldheim mit Fräulein Mathilde Pösch in Gleditsch. — Hr. Eugen Kurt in Orla oberw. mit Fräulein Pauline Hauptmann. — Hr. Dr. phil. Franz Dietrich in Leipzig ein Sohn. — Hr. Finanzassessor Dr. Fischer in Leipzig eine Tochter. — Hr. Dr. phil. Hermann Hauptmann in Leipzig ein Sohn. — Hr. Dr. phil. Hermann Hauptmann in Leipzig ein Sohn. — Hr. Dr. phil. Hermann Hauptmann in Leipzig ein Sohn.

Mr. 3... Teles... * Wiesba... rier wird au... Bestern Ab... Berg ist wie... so vor fast... fand, hat fl... Geröll von... abgelagert... worden und... riges Hinter... es nicht ein... schenleben fr... doch sind bre... * Gamber... des Seeante... der Pomme... selbe nicht b... Die Befagung... diese falschen... nommen zu l... Offiziere un... der Collision... * München... heute den An... fähigkeit in... Fassung ein... treffend die V... tags wurde... genehmigt. I... damit, daß d... abgestimmt h... los sei. * Wien, 1... Zauberwird... Studium zu... * Wien, 1... „Mit der U... Friedens, n... und Bobliac... der an die T... der Monteneg... leiten befeitigt... Wächtern besch... bisher in den... rachen Fortga... zu erfüllenden... * Rom, 9... manischen V... pfangen. Paris, 1... B-sch. Leip... ter“ von Henri... Keller, dessen... wie des Lustsp... Nation beige... Uebersetzungen... gehört zu den... Wägen der neu... Gedankengehalt... schön und anz... ein Moment h... mung, in der... dem Hofe des... einigermassen... die poetische... das Sehen in... „Schauen“ des... doch über den... gische oder so... Vorganges, n... heit, einen für... breiten Raum... Die Solant... ersten Erschei... diesem provenz... verlor sich die... wannen im Ber... vollen poetische... halt geliebt. der Treppe met...